

31/SN-259/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.193/1-V/6/89

An das

Präsidium des  
Nationalrates

1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z.	83 GE 988
Datum:	22. JAN. 1990
Verteilt	23. Jan. 1990

*H. Bacher*

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Irresberger

2724

Betrifft: Novelle zum Schulzeitgesetz, Stellungnahme

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf einer  
Novelle zum Schulzeitgesetz.

11. Jänner 1990  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.193/1-V/6/89

An das

Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Sport

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Irresberger

2724

12.690/20-III/2/89  
12. Oktober 1989

Betrifft: Novelle zum Schulzeitgesetz, Stellungnahme

Zu dem mit der o.z. Note übermittelten Novellenentwurf nimmt  
das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines:

1. EG-Konformitätsprüfung:

Im Sinne eines Beschlusses der Bundesregierung vom 10. Oktober 1989 (Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 25. Oktober 1989, GZ 671.804/9-V/5/89) wäre vom do. Bundesministerium zu prüfen, ob auf den von den vorliegenden Novellenentwürfen betroffenen Gebieten Regelungen der Europäischen Gemeinschaften bestehen oder sich in Ausarbeitung befinden und inwieweit Kompatibilität oder Widerspruch zwischen ihnen und den vorgeschlagenen Rechtsvorschriften gegeben ist. Das Ergebnis der Konformitätsprüfung wäre im Vorblatt unter der Überschrift "Konformität mit EG-Recht" in Kurzform mitzuteilen und in ausführlicherer Form in den Allgemeinen Teil der Erläuterungen aufzunehmen.

- 2 -

2. Zum Begriff "ganztägige Schulformen":

Der Ausdruck "ganztägige Schulformen" ist problematisch. Der Begriff "Schulformen" sollte nämlich weiterhin, wie in § 36ff SchOG, nur zur Kennzeichnung von Unterschieden im Lehrplan verwendet werden. Auch sprachlich erscheint es nicht konsequent, gewisse Schulen als "Schulformen" zu bezeichnen, wie dies der Entwurf für § 8 lit.i SchOG vorsieht. Stattdessen bietet sich der Begriff "ganztägige Schulen" an, zumal ja der Entwurf des SchOG auch von "ganztägigen Volksschulen", "ganztägigen Hauptschulen", "ganztägigen Sonderschulen" und "ganztägigen Unterstufen" und nicht von "ganztägigen Volksschulformen" usw. spricht.

3. Textgegenüberstellung:

Dem Entwurf wäre eine Textgegenüberstellung anzuschließen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen:Zum Art. II:

Gemäß Art. II Abs. 2 sind die Ausführungsgesetze innerhalb eines Jahres zu erlassen und mit 1. September 1991 in Kraft zu setzen. Der Zeitpunkt des im Art. II Abs. 1 den Ländern vorgeschriebenen Inkrafttretens liegt jedoch außerhalb der im Art. 15 Abs. 6 B-VG vorgesehenen Jahresfrist, sodaß dafür die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist. In den Erläuterungen wäre darauf ausdrücklich hinzuweisen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

11. Jänner 1990

Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

